

Norbert Johannes Ingler

70 Jahre Bundesverfassungsgericht – Ein Fall für den Politikunterricht?!

Würdevoll und zugleich bescheiden hat in diesem Jahr eine der zentralen Institutionen unseres Staates, das Bundesverfassungsgericht (abgekürzt: BVerfG), ihr 70 jähriges Jubiläum gefeiert. Dabei ist es besonders bemerkenswert, dass das BVerfG sich in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung insbesondere an die Jugend und jungen Erwachsenen gewandt und viele Impulse für Unterrichtsprojekte gesetzt hat.

Sich in einem Unterrichtsprojekt mit dem Bundesverfassungsgericht auseinanderzusetzen, ist ein komplexes, herausforderndes Verfahren. Sicherlich gibt es dafür unterschiedliche Wege, Anlässe und Ziele. Insbesondere spielt das Vorwissen der Schülerinnen und Schüler sowie ihr Interesse an Politik eine große Rolle. Ein scheinbar unüberwindbares Hindernis sind dabei häufig die verschlungenen Wege des Rechtsstaates sowie die „juristische Sprache“ inklusive ihrer verschachtelten Normsetzungen. Gleichwohl sehen Lernende und Lehrkräfte durchaus mit hohem Interesse auf aktuelle oder auch zurückliegende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Nicht umsonst hat die Entscheidung des BVerfG über das Klimaschutzgesetz 2021 zu Diskussionen in den Medien, im Politikunterricht und darüber hinaus bis in den Bundestagswahlkampf 2021 geführt.

Einen Weg zeigt eine besondere Aufgabe im diesjährigen Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung für das 8. bis 12. Schuljahr. Dies gilt über den Wettbewerb und das Jubiläumsjahr hinaus, denn je heftiger in der Politik gestritten wird, desto häufiger wird das BVerfG als unabhängige, normsetzende Institution angerufen.

Vier aufeinander aufbauende Arbeitsschwerpunkte sind zu differenzieren. Erstens die Recherche zur Frage, welche Rolle das BVerfG in der Gewaltenteilung einnimmt und welche Bedeutung es für den Schutz der Grundrechte hat. Zweitens die Auseinandersetzung mit zwei Entscheidungen des BVerfG aus unterschiedlichen Jahrzehnten. Drittens ein Expertengespräch (z.B. Richter/in, Anwalt/Anwältin, Politiker/in) mit den Leitfragen, warum das BVerfG so häufig über Streitpunkte der Politik urteilen muss und ob darin eine Gefahr oder Chance für die Demokratie liegt. Und viertens eine Präsentation des Projektergebnisses inklusive eines aussagefähigen Fazits.

Hingewiesen sei auf die sehr informative Homepage des Bundesverfassungsgerichtes (www.bundesverfassungsgericht.de). Hier finden die Schülerinnen und Schüler gesicherte Hinweise u.a. zur Struktur und Arbeit des BVerfG, aber auch unter dem Gliederungspunkt „Das Gericht > Geschichte“ Hinweise auf historisch relevante Entscheidungen. Darüber hinaus sind viele Entscheidungen (seit 1998) im Wortlaut

sowie als – für die viele Interessierten schneller lesbare – Presseerklärung des BVerfG nachzulesen. Der in der Regel große Umfang dieser Texte macht allerdings eine Sichtung und sinnvolle Kürzung notwendig, sollten sie im Unterricht zur Information und Erörterung eingesetzt werden.

Neben dem Schülerwettbewerb hat die Bundeszentrale für politische Bildung den ebenfalls bundesweiten Wettbewerb „WIR IST PLURAL – Preis zur Stärkung der Demokratie 2021“ ausgeschrieben, dies mit der Leitfrage „Wie engagiert Ihr Euch für die demokratischen Werte des Grundgesetzes?“ – Bemerkenswert ist es, dass zwei Bundesverfassungsrichtern in den Jurys dieser Wettbewerbe mitwirken.

Hervorzuheben ist außerdem die Beteiligung von fünf Richterinnen und Richtern des BVerfG an dem digitalen Forum: bpb:forum digital spezial. Die Aufzeichnungen der Gespräche sind über YouTube zu sehen und durchaus für den sozialwissenschaftlichen Unterricht geeignet, denn sie regen, auch im Zusammenschnitt bzw. in Auszügen, zur Diskussion im Unterricht an. Auf folgende fünf Themen, die ohne Zweifel eine hohe Relevanz für die politische Bildung haben, ist hinzuweisen:

- Wie schützen Sie die Menschenwürde, Frau Prof. Dr. Baer?
- Ab wann ist es Diskriminierung, Frau Prof. Dr. Langenfeld?
- Wem gewähren wir Asyl in Deutschland, Herr Dr. Maidowski?
- Gibt es Grenzen des Sagbaren, Frau Prof. Dr. Härtel?
- Wie steht es um den Grundrechtsschutz in Europa, Herr Prof. Dr. Harbarth?

Das Bundesverfassungsgericht ist „Gericht und Verfassungsorgan zugleich“, so heißt es auf der Homepage. Auch sei die Arbeitsbelastung des Gerichts hoch, denn jährlich würden über 6.000 Verfassungsbeschwerden eingehen, die bearbeitet und geklärt werden. – Diese komplexen Zusammenhänge jungen Menschen näher zu bringen, ist eine hohe Aufgabe politischer Bildung. Deshalb ist festzustellen, dass das Jubiläum „70 Jahre Bundesverfassungsgericht“ ein Fall für den Politikunterricht sein sollte.

Dr. Norbert Johannes Ingler war Schulleiter eines Gymnasiums, hat über Werte in der politischen Bildung gearbeitet, Aufsätze zur politischen Bildung geschrieben und war viele Jahre im Bereich der Lehrerfortbildung der Bezirksregierung Arnsberg für das Fach Sozialwissenschaften tätig. Kontakt: norbert.ingler@t-online.de